

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 1

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 6.

Int. Institut
für
Sozialwissenschaft
Amsterdam

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährl. 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Helfershelfer	Seite 1
Zur Frage der Einberufung einer Konferenz der „Entente-Sozialisten“	3
Die Beitragsperre und ihre Probleme (Fortf.)	5
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. Von M. Bronski (Fortf.)	6
Aus unserm politischen Tagebuch	7
Feuilleton: Die Blutrache zu Weinsberg. Aus „Der große Bauern- krieg“ von W. Zimmermann	7

Helfershelfer.

Hales hat hier im Foederalrat großen Skandal geschlagen, Marx ein Tadelsvotum angehängt, wie er sagte, die englischen Arbeiterführer wären verkauft, aber eine hiesige englische und eine irische Sektion haben bereits protestiert und geben Marx recht.

Fr. Engels an Sorge, am 21. Sept. 1872 (Sorge-Briefwechsel, S. 62.)

Ich könnte nicht unter den Mitarbeitern eines Blattes bleiben, die sich zum Anpreisen jener deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Dunker'schen) hergeben, die nur mit den schlimmsten englischen vergleichbar sind, die sich von Männern leiten lassen, die an die Bourgeoisie verkauft sind oder zum mindesten von ihr bezahlt werden.

Mitteilung von Fr. Engels an Karl Marx (11. August 1881) über eine Antwort, die er Shipton, dem Redakteur des Gewerkschaftsblattes Labour Standard, erteilt hat. (Briefwechsel Bd. 4, S. 432.)

Drei Führer der englischen Gewerkschaften wurden zu Ministern im Kriegskabinet des Herrn Lloyd George ernannt, der Herrn Asquith als einen zu schlappen Imperialisten ausschiffte. Drei weitere wurden zu Unterstaatssekretären ernannt. Was ist das? „Sozialimperialismus!“ antwortet im „Vorwärts“ Herr M. Beer, der frühere glühende Verehrer Lloyd Georges und Englands überhaupt und der jetzige Sachverständige der Internationalen Korrespondenz Baumeisters in englischen Angelegenheiten. Bisher erklärten die Stampfer und Austerlitz die Bezeichnung „Sozialimperialismus“ als ein politisch vollkommen sinnloses Schimpfwort. Jetzt hat es mit einem Male einen sehr konkreten Inhalt bekommen. Der Sozialimperialismus zeigt sich als diejenige Politik, für die Arbeiterklasse durch Unterstützung des Imperialismus Zugeständnisse zu erlangen. Herr Lloyd George hat den Führern der englischen Gewerkschaften Plätze im Kabinet eingeräumt; er sagte ihnen einen Sitz im Friedenskongreß zu; er bildet ein Amt für Arbeiterangelegenheiten, das von ihnen geleitet wird.

Und dafür sollen sie dem englischen Imperialismus helfen, den deutschen zu besiegen. Wie können sie dazu beitragen? Nun, sie können ihre bisherige Autorität als Arbeiterführer dazu gebrauchen, um den Arbeitern den Raubkrieg Englands als eine gerechte Sache darzustellen, die auch in ihrem Interesse gelegen ist; sie können sie überreden, möglichst eifrig Munition zu fabrizieren, ohne Klagen das Kriegselend zu ertragen und sich im Felde möglichst tapfer zu schlagen: kurz, sie können in ihnen den Willen zum Durchhalten stärken. Die Arbeiterführer werden so zu Agenten der Regierung. Dafür wird ihnen jetzt versprochen, daß nach einem Siege über Deutschland, wenn die deutsche Konkurrenz vom Weltmarkt verschwindet, wenn England noch weiterhin Teile der Welt erobert, daß dann das Kapital den Arbeitern höheren Lohn und überhaupt bessere Lebensbedingungen geben werde.

Das ist nun allerdings größtenteils Flunkerei. Denn erstens ist Deutschland durchaus nicht der einzige Konkurrent Englands, und zweitens kann bei der Verflechtung der kapitalistischen Staaten der Ruin des einen keinesfalls den Wohlstand des anderen verursachen. Es ist überdies eine Flunkerei, weil selbst bei größten Profiten die Kapitalisten Englands den Arbeitern ohne gehörigen Druck der Massen keine Zugeständnisse machen würden. Aber darum handelt es sich auch gar nicht, sondern um den Willen der englischen Gewerkschaftsführer, durch Lakeiendienste Brocken vom Tische der englischen imperialistischen d. h. weltausbeutenden Bourgeoisie zu erhaschen.

Diese Politik gefällt dem „Vorwärts“, wie aus dem Artikel Beers zu ersehen ist, keineswegs, sonst würde er zu ihrer Bezeichnung sich keine Entlehnung aus dem zehnmal verhaßten linksradikalen Lexikon geleistet haben. Und sie ist in der Tat eine Politik, die man nicht nur vom Standpunkt des Sozialismus, sondern selbst der einfachsten Brotinteressen des Proletariats nur als Verrat charakterisieren kann. Diese Politik der englischen Gewerkschaftsführer hat es dem Imperialismus ermöglicht, Millionen von Arbeitern in den Schlund des Weltkrieges zu werfen, die Daheimgebliebenen in Arbeitsklaven zu verwandeln. Die erste Tat der Arbeitervertreter in der englischen Regierung bestand in der Niederknüppelung des Streiks der Kesselflicker in Liverpool. Herr Hodge, der zum Minister ernannte „Arbeiterführer“, ließ den Streikenden gnädigst erklären, er werde sie empfangen, aber erst müßten sie die Arbeit wieder aufnehmen. Als die Streikenden mit einem energischen goddam auf dieses Gehaben ihres „Vertreters“ antworteten, ließ er die Maske des Arbeitervertreter fallen und im Nu

Diesen Kongreß begrüßte aufs herzlichste Herr Helfferich, vor dem Kriege Direktor der deutschen Bank, die die Gewerkschaften zu boykottieren sich genötigt sahen weil sie sich durch besondere Angestelltenfeindschaft auszeichnete, während des Krieges Vizekanzler und von einem Geiste befeelt, daß ihn selbst Legien im Reichstag noch am 2. Dezember vorigen Jahres den „bösen Geist“ des Reichsamts des Innern nannte; derselbe Helfferich, der erklärte, eher das „Vaterländische Hilfsgesetz“ im Reichstag scheitern lassen zu wollen, als den Eisenbahnern das Recht zu geben, durch Ausschüsse auf ihre Lohnverhältnisse einwirken zu können. Und dieser Herr hielt eine schwungvolle Rede an die Gewerkschafter, forderte sie auf, mit voller Energie bei der Durchführung des zeigte sich den Arbeitern die wütende Frage des Agenten der imperialistischen Regierung, der sie mit Gefängnis oder Verschickung an die Front bedrohte, falls sie sich seinem Willen nicht fügten. Der Sozialimperialismus führt nicht zur wirklichen Teilnahme der Arbeiter an der kapitalistischen Regierung, zur wirksamen Beeinflussung dieser Regierung im Interesse der Arbeiterklasse, sondern zur Leitung der Arbeiterklasse durch die Arbeiterführer, die sich an die imperialistische Bourgeoisie für klingende Münze verkauft haben oder mindestens von ihr bezahlt werden.

Es stimmt schon: die Herren Henderson & Co. sind Agenten der englischen Regierung und ihre Aufgabe ist die Niederhaltung der Arbeiterklasse. Daß sie gleichzeitig Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Büros sind, kommt ihnen bei ihrem Handwerk zwar noch besonders zu statten, ändert aber sonst an der Sache nicht das geringste.

Am 12. Dezember 1916, an demselben Tage, an dem der Reichskanzler das Friedensangebot der Zentralmächte verkündete, versammelte sich in Berlin ein Kongreß von 700 Gewerkschaftsvertretern. Die Mehrzahl bildeten die Vertreter der einst „freien“ Gewerkschaften. Daneben aber saßen die Vertreter derselben Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, die Altmeister Engels im Jahre 1881 in der an der Spitze unseres Artikels angeführten Weise charakterisierte. Und mit ihnen zusammen saßen die christlichen Gewerkschaften, die erst ein Jahr vor dem Kriege die streikenden Bergarbeiter Rheinlands-Westfalens an die Kohlenmagnaten fesseln halfen. Und eitel Friede herrschte zwischen all diesen „Vertretern“ der Arbeiterklasse. „Zum ersten Male hat die Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands auf einer gemeinsamen Tagung ihre Stimme erhoben. Was vor dem Kriege niemand auch nur in Gedanken erhoffen konnte: am 12. Dezember 1916 ist es zur lebendigen Tat geworden, geboren in der gemeinsamen Kriegsnot des ganzen Volkes. Alle Gruppen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten, die eine selbständige, vom Unternehmertum unabhängige Vertretung ihrer Interessen wollen, haben rund 700 ihrer Vertrauensleute nach Berlin entsandt, um über die Durchführung des Dienstpflichtgesetzes zu beraten um ihre Entschlossenheit zu bekunden, durch tatkräftige Arbeit in der Heimat ihren Söhnen und Brüdern an der Front beizustehen.“ So schreibt triumphierend Herr Wilhelm Sanjon in der „Stimme“, ohne zu ahnen, daß er damit zum Sturm gegen die „freien“ Gewerkschaften läutet.

„Vaterländischen Gesetzes“ mitzuwirken. Ihn unterstützte General Gröner, der Leiter des Kriegsamt, der sich mit den Gewerkschaftern in gemeinsamer Vaterlandsliebe verbunden erklärte, was bei den so Geehrten Stürme des Enthusiasmus hervorrief. Und dieser Bund zwischen den Vertretern der Gewerkschaften aller Richtungen, der hohen Bürokratie und den Vertretern des Generalstabes, der Bund, dem die ganze kapitalistische Presse ihren heißen Segen gab, wurde einerseits durch eine einstimmig angenommene Resolution*, andererseits durch die Berufung Schlickes, des Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaft, in das Kriegsamt. Herr Schlick wurde von der deutschen Regierung mit der Leitung der Arbeiterabteilung im Kriegsamt betraut, bedang sich aber die Wahl seiner Mitarbeiter aus. Hunderte von Gewerkschaftsführern werden so von Schlickes Gnaden besoldete Beamte im Kriegsamt und seinen lokalen Abteilungen.

Was bedeutet das alles? Wer hat die Delegierten zu diesem eigenartigen Gewerkschaftskongreß gewählt? Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter? Mit Nichten! Das Hilfsgesetz wurde so schnell erledigt, das nur vereinzelte Gewerkschaftssektionen Stellung zu ihm nehmen konnten. So die Berliner Metallarbeiter, deren Versammlung — es waren 1000 Vertrauensmänner anwesend — die Ablehnung des Gesetzes forderte. Von einer Wahl der „Vertreter“ zum Kongreß war keine Rede. Sie wurden kurzerhand von der Gewerkschaftsbürokratie ernannt. Und man konnte darauf wetten, daß unter den 700 Teilnehmern des Kongresses kein einziger Arbeiter, der jetzt in einer Fabrik arbeitet, zu finden war. Und welche Aufgabe übernahmen die Gewerkschaftsbeamten? Der Regierung zu helfen, das Gesetz durchzuführen, das den Interessen des Krieges und des Imperialismus dienen soll. Ein Teil dieser Gewerkschaftsbeamten übernimmt direkt Beamtenposten im Dienste des Imperialismus.

Wie die englischen, so erklären auch die deutschen Gewerkschaftsbeamten, durch ihr Zusammenarbeiten mit der Regierung die Interessen der Arbeiter vertreten zu wollen. Nun genügt es, zu fragen, ob die Regierung die Schlickes auch nur einen Tag dulden würde, wenn sie durch Kampf die Interessen der Arbeiter zu vertreten suchen würden. Davon kann keine Rede sein; denn das Hilfsgesetz wurde gerade zu dem Zwecke geschaffen, um Kämpfe zu vermeiden. Die Gewerkschaftsführer vertreten nicht die Interessen der Arbeiter vor der Regierung, sondern umgekehrt: die Politik der Regierung vor den Arbeitern. Sie sind die ihrer Aufgabe sich voll bewußten Stützen und Helfer der Regierung. Um das zu beweisen,

*Die am 12. Dezember in den Germania-Sälen zu Berlin versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen.

Die durch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Vernichtungsläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben.

Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammelten weitgehende Förderung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Sicherung des Koalitionsrechts. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.

braucht man sich nicht einmal darauf zu berufen, daß der Sozialpatriot Dr. August Müller, der Führer der Konsumgenossenschaften, als er von der Regierung ins Lebensmittelamt berufen wurde, seine Tätigkeit im Dienste der Regierung damit begann, daß er in den „Sozialistischen Monatsheften“ die Agitation gegen die Teuerung bekämpfte. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Gewerkschaften während des Krieges keine Streikagitation, sondern eine sehr heftige Agitation gegen die Streiks geführt haben. Es genügt, auf die lobende Anerkennung hinzuweisen, die den „freien“ Gewerkschaften wegen ihres vaterländischen Verhaltens von Seiten aller bürgerlichen Parteien gezollt wurde.

Und wie erklären die Gewerkschafter das Ziel des Hilfsgesetzes? Sie wollen Deutschland durch die Stärkung seiner Waffen zu einem Siege auf Grund der Verständigung mit England, Rußland und Frankreich verhelfen, aber beileibe nicht zur Vernichtung dieser Länder beitragen. Ein Friede der Verständigung der imperialistischen Regierungen bedeutet aber nichts anderes als einen Frieden, der auf Kosten der kleinen Völker und der Kolonien geschlossen wird, ein Friede der gerechten Verteilung der imperialistischen Weltbeute. Um ihn zu ermöglichen, schließen sich alle Gewerkschaftsführer zusammen, werden sie zu Helfern der Regierungen, die ihnen dafür Zugeständnisse zusagen. Und darin unterscheiden sich die Legiens um keinen Deut von den Behrens und Hartmanns und sie alle zusammen von den Hendersons, deren Politik der „Vorwärts“ in einer schwachen Stunde Sozialimperialismus nannte.

Als Marx dieselbe Politik der englischen Tradeunions vor einem Menschenalter korrupt nannte, waren die von dieser Kritik Betroffenen sehr darüber empört. Ebenso empören sich die Bauer und Legien über die „anarchosyndikalistische“ Heße, wenn man ihre Politik beim richtigen Namen nennt. Das darf die entschiedene Linke jedoch nicht abhalten, auch in diesem Falle auszusprechen, was ist. Solange die Arbeiter nicht wissen, wen sie in den Personen der Gewerkschaftsbeamten vor sich haben, solange sie noch glauben, diese Beamten könnten ihren Kampf leiten, solange sind sie an Händen und Füßen gefesselt, solange können sie selbst keinen Kampf führen. Es gibt keinen Klassenkampf ohne den rücksichtslosesten Kampf gegen die Bürokratie der Arbeiterbewegung, die sich täglich und stündlich mehr als die Stütze und der Helfer der imperialistischen Regierungen entpuppt. Und es gibt keinen Sieg der Arbeiterklasse, bis nicht zuvor ihre Organisationen von den Hendersons und Legiens, von den Thomas und Eberts gesäubert sind.

Zur Frage der Einberufung einer Konferenz der „Entente-Sozialisten“.

Eine Erklärung des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Das Zentralkomitee der S. D. A. P. R. hat den Vorschlag der französischen Sozialchauvinisten wegen Einberufung einer Konferenz der „Entente-Sozialisten“ (Englands, Frankreichs, Rußlands, Italiens etc.) geprüft und beschlossen, die Teilnahme an dieser Konferenz abzulehnen.

Die Agenten der französischen Bourgeoisie, die unter dem Namen Französische Sozialistische Partei auftreten, haben schon unlängst eine „Konferenz“ der Gewerkschaften der Entente-Mächte in Leeds organisiert. Dann kam eine „Konferenz“ der Genossenschaften. Und jetzt wurde endlich der Versuch gemacht eine ebensolche „Konferenz“ der Sozialistischen Parteien zu organisieren. Kein einziger ehrlicher Sozialist wird seine Hand dazu bieten, solchen Unternehmungen, die die Arbeiterklasse irreführen sollen, seine Hilfe zu leihen.

Von wem geht die Initiative der geplanten „Konferenz“ aus? Kann man zu diesen Initiatoren irgendwelches politisches Vertrauen haben? Nein! Es sind dieselben Leute die — wie die Scheidemanns und Südekums — die Beschlüsse mit Füßen treten. Es sind dieselben Leute, die die räuberische Habgier des Zarisismus, der um Konstantinopel, Galizien, Armenien Krieg führt, und die imperialistische Politik der französischen Bourgeoisie, die um den Besitz der zusammengerauberten Kolonien ihren Krieg führt, den Arbeitern als „Vaterlandsverteidigung“, Verteidigung der „Freiheit“ und der „Kultur“ vorgaukeln. Es sind dieselben Leute, deren Führer in den reaktionär-imperialistischen Ministerien sitzen. Es sind dieselben Leute, die zur Unterdrückung der sozialistischen Opposition in ihrem Lande vordem unerhörtesten Maßregeln nicht zurückschrecken.

Diesen Leuten hat sich das Exekutiv-Komitee des Internationalen Sozialchauvinistischen Bureaus angeschlossen, das an den praktischen Arbeiten bei der Einberufung der Entente-Konferenz teilnehmen soll. Dasselbe Komitee, das in der Person Hunsmanns unlängst den „zehnten sozialistischen Minister“, Stauning, zu seinem Eintritt in ein bürgerliches Ministerium öffentlich begrüßt hat! Dasselbe Komitee, das während des ganzen Krieges täglich ein Beispiel der unerhörtesten Pflichtvergessenheit der gesamten internationalen Arbeiter-schaft gegenüber dargeboten hat!

Nein! Diese Leute verdienen ebensowenig das Vertrauen der internationalen Sozialisten, wie die Scheidemanns, Eberts, Müllers, die jetzt den Berliner Arbeitern den „Vorwärts“ geraubt haben, um ihn dem deutschen Imperialismus zur Verfügung zu stellen.

Wir sahen während des Krieges eine „Konferenz“ der „Sozialisten der Zentralmächte“ und die erste „Konferenz“ der „Entente-Sozialisten“ in London. Auf beiden Konferenzen wurden viele Phrasen über den demokratischen Frieden, über die Interessen des Proletariats, über die Wiederherstellung der Internationale gedröhnt. In der Tat wurde auf beiden Konferenzen Arbeit geleistet für die eigene Regierung, für den eigenen Imperialismus. Und selbstverständlich muß sich auf einer neuen Entente-Konferenz ganz dasselbe wiederholen.

Das A B C des Sozialismus und des Internationalismus fordert gebieterisch, daß wir eine Trennung der Sozialisten der verschiedenen Länder ablehnen und nicht dasjenige Merkmal, das für die Regierungssozialisten entscheidend ist, anerkennen. Wir wollen keine Einteilung in „Entente-Sozialisten“ und „Sozialisten der Zentralmächte“ anerkennen. Wir sind Sozialisten-Internationalisten. Die deutschen Klassenkämpfer sind unsere Brüder; aber der russische Sozialchauvinist Plechanow und der französische Sozialchauvinist Renaudel sind unsere Klassen-

gegner. Die deutsch-österreichischen Sozialchauvinisten behaupten, sie unterstützen den Plan eines „mitteleuropäischen“ Staatenverbandes, weil aus „Mitteleuropa“ ein freier demokratischer Verband ganz Europas hervorzuzuwachsen wird. Die anglo-französischen Sozialchauvinisten behaupten, sie organisieren separate Entente-Konferenzen, weil aus diesen eine neue Arbeiter-Internationale, die die Proletarier aller Länder umfassen würde, entstehen wird. Beiden Behauptungen mangelt es an Wahrheit.

Vor Zimmerwald war es vielleicht noch möglich, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, um dort die Sozialchauvinistischen zu geißeln. Wir machten diesen Versuch im Januar 1915. Unser Vertreter, Genosse Maximowitsch, erschien in London, um den Herrn die Wahrheit ins Gesicht zu schleudern. Aber schon am Anfang seiner Rede, als er erklärte, diejenigen Sozialisten, die die „Vaterlandsverteidigung“ in diesem Kriege anerkennen, seien Verräter, hatte ihm der Vorsitzende, Vandervelde, das Wort entzogen. Die Herrschaften konnten die Wahrheit nicht vertragen.

Jetzt wäre die Teilnahme an einer solchen Separatkonferenz ein Schritt rückwärts von Zimmerwald. Schon im Kiental war keine Mehrheit zustande zu bringen, die sich für die Teilnahme an einer eventuellen Plenarversammlung des I. S. B. ausgesprochen hätte. Umso weniger können die Zimmerwaldisten an einer Separatkonferenz einer der sozialchauvinistischen Koalitionen teilnehmen. Als die italienische Konfederation der Gewerkschaften die Teilnahme an der sozialchauvinistischen Konferenz zu Leods ablehnte, haben sämtliche Internationalisten das verstanden und begrüßt. Umso unverständlicher ist uns jetzt der Beschluß der italienischen Sozialistischen Partei, die an Zimmerwald angeschlossen ist, an der Entente-Konferenz teilzunehmen. Alle Kalkulationen auf eine Zimmerwalder Mehrheit an dieser Separatkonferenz sind unbegründet. Die Teilnahme der Zimmerwaldisten an einer solchen Separatkonferenz kann der Zimmerwalder Vereinigung nur Schaden bringen.

Der Plan einer separaten Entente-Konferenz stammt nicht nur von der französischen „Mehrheit“, sondern auch von den Anhängern Longuets. Letztere bilden eine „Opposition seiner Majestät“, in allen wichtigen Fragen unterstützen sie die Herren Sembat, Renaudel und Thomas. Vermittels einer „internationalen“ Separatkonferenz will man die steigende Opposition der Arbeiter einschläfern. Man will ihnen einreden, daß auf diesem Wege die Wiederherstellung der Internationale am ehesten zustande komme.

Vom Steigen der Opposition in Frankreich zeugt die letzte Broschüre des „Komitees zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen“. Die Verfasser erklären entschieden, daß sie mit der „Opposition“ Longuet-Pressemane nicht solidarisch sind und daß die Vaterlandsverteidigung (im imperialistischen Kriege) unsozialistisch sei. Die Pflicht aller Internationalisten besteht darin, die Kniffe der Sozialchauvinisten zu geißeln, nicht aber zu vertuschen.

Der internationale Sozialismus macht eine unerhörte schwere Krise durch. Der Krieg dauert an und die Krise erreicht ihren Höhepunkt. Zu einer solchen Zeit ist es mehr als je unsere Pflicht, eine offene Sprache zu sprechen, der Arbeiterklasse unzweideutig zu erklären,

daß wir mit den Verrätern am Sozialismus nicht zusammen gehören, daß es keinen Gegenstand gibt, über den wir mit den Renaudels, Plechanows, Vanderveldes, oder mit den Scheidemanns, Lenschs, Südekums, zu beraten hätten. Unsere Verbündeten, unsere Freunde sind diejenigen, die in allen Ländern den Klassenkampf führen.

Das sind die Motive, die uns zur Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz der Entente-Sozialisten bestimmt haben.

Gleichzeitig wenden wir uns an die Internationale Sozialistische Kommission zu Bern mit dem Vorschlag: eine Kommission wenigstens derjenigen Zimmerwalder Organisationen einzuberufen, die zur Entente-Konferenz eingeladen sind, damit diese Zimmerwald-Organisationen versuchen könnten, ein gemeinsames Auftreten der Einladung gegenüber auszuarbeiten.

Das Zentralkomitee der S. A. P. Rußlands.

Die Beitragsperre und ihre Probleme.

Das Parteivermögen.

Eine besonders wichtige Rolle spielt in der Debatte über die Beitragsperre die Frage des Parteivermögens. Es leuchtet ein, daß die Tausenden von Marken, die aus dem Schweiß der Arbeiter gemünzt und unter großen Opfern den Organisationen zugeführt wurden, ein zugkräftiges Mittel sind, die Beitragsperre abzulehnen, wenn die Gefahr droht, daß das Vermögen an die Sozialpatrioten verloren gehen könnte. Und das Zentrum macht von diesem Argument ausgiebig Gebrauch, um die Durchführung der Beitragsperre zu verhindern. Aber gerade die Vertreter des Parteizentrums hätten am wenigstens Ursache, das Gespenst des Vermögensverlustes an die Wand zu malen.

Da sie grundsätzliche Gegner der Spaltung der Partei sind, so verbleibt das Parteivermögen, sobald es in den Händen der Sozialpatrioten ist, bei denen, die dereinst wieder die Verbündeten des Zentrums sein werden; es verbleibt also dem Zentrum und seinem Anhang. Wenn die Vertreter des Parteizentrums trotzdem den Verlust des Parteivermögens als Argument gegen die Beitragsperre ins Gesecht führen, so ist das nichts als Demagogie, die allerdings schon heute erkennen läßt, daß das Zentrum in aller Zukunft nicht grundsätzlich mit den Sozialpatrioten brechen wird. Fürchtet das Zentrum schon bei der Beitragsperre den Verlust des Parteivermögens, so wird es vor einer Spaltung, die die Vermögensverhältnisse noch ganz anders durcheinander bringen wird, erst recht zurückschrecken.

Für die Linksradiكالen ist das die ernste Mahnung, so schnell wie möglich auf die Beitragsperre hindrängen, um entweder von dem Vermögen zu retten, was irgend zu retten ist, oder aber, wo das nicht möglich ist, die Grundlagen neuer Vermögensverhältnisse zu schaffen, damit sie, wenn die Spaltung vollzogen ist, nicht völlig mittellos dastehen. In den meisten Fällen werden es die Sozialpatrioten verstanden haben, das Parteivermögen mit Beschlag zu belegen.

So hat der Sozialdemokratische Verein Bremen trotz aller Warnungen und Proteste der Linksradiكالen dem Geschäft der „Bremer Bürger-Zeitung“, die juristisch fest in den Händen der Sozialpatrioten lag, zinsfreie

Darlehn in der Höhe von 30 000 Mark überlassen. Obgleich der Betrag von den Treuhändern des Vereins sofort gekündigt worden ist, bleibt es fraglich, ob das Geschäft in der Lage sein wird, am Kündigungstermin die Summe auszuzahlen. Eine weitere Summe in Höhe von über 28 000 Mark ist als Spareinlage unter dem Namen des früheren Parteisekretärs bei der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ hinterlegt. Da die Nachfolger des Sekretärs es veräußerten, das Sparbuch auf ihren Namen übertragen zu lassen, sperrt die Konsumgenossenschaft jetzt dem Verein das Geld, da Wellmann Protest gegen die Auszahlung einlegt.

Geriebene Geschäftsdiplomaten, die sie sind, kennen die sozialpatriotischen Bürokraten alle Schliche und Wege, die ihnen das bürgerliche Recht bietet, um das Parteivermögen an sich zu reißen. Und wo sie selbst nicht schlaue genug sind, um das Geld in Sicherheit zu bringen, da werden sie den Rechtsbeistand der Juristen zur Hilfe nehmen. In „normalen“ Zeiten auf Treu und Glauben aufgebaut, zerreißen die Sozialpatrioten jetzt skrupellos das Vertrauensverhältnis zwischen sich und den Arbeitern, setzen sie an Stelle des Vertrauens die kalten juristischen Formen des bürgerlichen Rechts, die ihnen in den meisten Fällen Schutz und Schirm in der Verfolgung ihrer Ziele sein wird. So rächt sich das blinde Vertrauen, das die Arbeiter ihren Führern entgegenbrachten.

Alle diese Verhältnisse gilt es den Arbeitern unausgesprochen klar zu machen, ihnen zu raten, daß sie überall, wo sie nur irgend die Möglichkeit dazu haben, die sozialpatriotischen Führer und ihre zentrierte Gefolgschaft von den Posten der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie entfernen. Den Kampf in vollem Umfange in die Gewerkschaften und Genossenschaften hineintragen, ehe es zu spät ist! Je eher über die Vermögensverhältnisse und ihre rechtliche Grundlage Klarheit geschaffen wird, desto besser für die Massen, die den Kampf um den Sozialismus führen müssen. Die Linksradiكالen haben daher die Pflicht, überall, wo Konflikte dieser Art ausbrechen, den Rechtsweg zu beschreiten, um die Massen über die tatsächlichen Verhältnisse aufzuklären und den Boden für die neue Bewegung vorzubereiten. Gelingt es ihnen nicht, den Sozialpatrioten das Vermögen der Partei zu entreißen, und es seinen ursprünglichen Eigentümern zurückzugewinnen, oder geht der größte Teil des Vermögens durch die Kosten verloren, die der durch die Sozialpatrioten ihnen aufgezwungene Rechtsweg erfordert, so ist jeder Augenblick kostbar, der für die Schaffung neuer Vermögensverhältnisse gewonnen wird, über die die Massen nunmehr selbst verfügen, soweit das im Rahmen des bürgerlichen Rechts überhaupt möglich ist.

Die Linksradiكالen müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie das Werk der neuen Bewegung ganz von vorn beginnen müssen. Es besteht zu 99 Prozent Wahrscheinlichkeit, daß nicht die Sozialpatrioten, sondern die Linksradiكالen auf dem Parteitag die Partei verlassen müssen. Warten sie bis dahin, um erst dann ihre Arbeit des Aufbaus zu beginnen, so haben sie viel kostbare Zeit unbenutzt verstreichen lassen, in der sie hätten handeln können. Das ist es auch, weshalb die Sozialpatrioten in Bremen mit soviel Schneid gegen die sozialdemokratische Organisation vorgegangen sind. Sie wußten, daß

die Linksradiكالen, wo sie Beitragsperre durchführen, sofort auf ihre eigene Kraft angewiesen sind, daß für die Linksradiكالen in diesem Augenblick das Werk des Aufbaus beginnt. Deshalb haben sie rechtzeitig von den Organisationen beschlagnahmt, was sie irgend erlangen konnten, deshalb haben sie durch fortgesetztes Anpumpen die Kasse des Vereins zu schwächen versucht, deshalb sperrt der frühere Parteisekretär dem Verein das Vermögen, obgleich er seit Monaten nicht mehr der „Treuhänder“ des Vereins ist, deshalb strangulierten sie die „Bremer Bürger-Zeitung“, deshalb warfen sie den linksradiكالen Redakteur des Blattes hinaus. Alles, weil sie durch dieses schneidige Vorgehen in einem Falle, der ihnen eine Reihe günstiger Positionen bot, andere Organisationen von der Beitragsperre abschrecken wollten. In Bremen hatten sie in der Tat ein Interesse an der Durchführung der Beitragsperre, aber nur weil sie durch diesen „Erfolg“ ein warnendes Exempel zu statuieren hofften. Ihre Taktik muß es sein, die Linksradiكالen möglichst lange an sich zu fesseln, um das selbstständige Vorgehen derselben so weit wie nur möglich hinauszuschieben, damit die Linksradiكالen bei der Spaltung, von deren Notwendigkeit sie ebenso überzeugt sind wie wir, möglichst wenig Vorarbeit geleistet haben und so zur Ohnmacht verdammt sind. Gerade dieser Umstand wird dann die Zentrumsleute noch ängstlicher machen und so werden sich die Sozialpatrioten eine Mehrheit gegen die Linksradiكالen zu sichern versuchen.

Nur der schärfste Kampf gegen die Sozialpatrioten und ihre zentrierten Helfershelfer kann die Pläne der Ebert & Co. vereiteln. Jede Minute, die die Arbeiter verlieren, ist für die Rechte und das Zentrum gewonnen. Und eben hierin erweist sich das Parteizentrum als wirksame Stütze des Sozialpatriotismus, daß es die Massen von der Beitragsperre zurückzuhalten sucht, um so die Selbsthilfe und Selbstorientierung der Linksradiكالen hinauszuschieben, wenn nicht zu vereiteln. Es bereitet den Sozialpatrioten den Boden, indem es für sie Zeit zu gewinnen sucht. Das ist der ungeheure Frevel, den das Zentrum an den Massen begeht, daß es durch seine Verwirrungs- und Zaudertaktik die Entwicklung des Linksradiكالismus hemmt und dadurch dem Sozialpatriotismus Zeit verschafft, seine Felder zu bestellen.

Die Linksradiكالen müssen von den Organisationen und dem Parteivermögen zu retten suchen, was irgend zu retten ist. Müssen sie trotzdem mit leeren Händen heimkehren, so trifft die Schuld hierfür in erster Linie das Parteizentrum, das durch seine Politik den grundsätzlichen Kampf gegen die Sozialpatrioten erschwert hat, das in den Köpfen der Arbeiter die Auffassung nährte, als sei die Einheit der Partei trotz allem noch möglich. Es zeigt sich aber im Kampfe um die Beitragsperre, wie irrtümlich die Auffassung einiger unserer Freunde war, die Partei vorzeitig zu verlassen, nachdem noch längst nicht alle Möglichkeiten des Kampfes in ihrem Rahmen erschöpft sind. Nicht austreten, sondern umgekehrt: alle Posten, so weit es möglich ist, besetzen; durch massalen Druck in den Versammlungen das moralische Prestige der Sozialpatrioten und des Zentrums schwächen, so die Kampfkraft der Linksradiكالen erhöhen; durch Massenabbestellungen die sozialpatriotische Presse vernichten helfen; durch die erhöhte Mitgliederzahl die Leistungs-

fähigkeit der Organisationen stärken. So wird man kampffähig; der sporadische Austritt schwächt, demoralisiert. Darum müssen dort, wo die Beitragsperre durchgeführt ist und wo noch um sie gekämpft wird, die ausgetretenen Arbeiter und Arbeiterinnen unverzüglich den Organisationen wieder beitreten. Nichts ist aber so sehr geeignet, das Interesse der Arbeiter an den Organisationen wieder zu stärken und in ihnen Kampflust zu wecken, wie ein so reales Objekt des Kampfes, wie es in der Beitragsperre gegeben ist.

Aber selbst wenn von den alten Organisationen und dem Parteivermögen nichts mehr zu retten wäre, wenn alles den Sozialpatrioten und dem Zentrum anheimfiele, dürften sich die Linksradikalen und die hinter ihnen stehenden Massen nicht schrecken lassen, den Weg des Kampfes konsequent fortzusetzen; dann beginnt für sie das Werk des Sammelns und Organisierens, des Aufbaus und Kämpfens von neuem, mit frischen Kräften, bereichert um die Erfahrungen, die zwar bitter genug sein mögen, die zu erwerben aber kein Opfer zu groß ist.

Das ist die Aufgabe, die den Linksradikalen schon jetzt, inmitten des Weltkrieges, erwächst. Je gründlicher sie diese Arbeit leisten, desto bessere Arbeit leisten sie für die neue Bewegung, desto gründlicher erfüllen sie auch ihre Pflicht gegenüber den im Felde stehenden Genossen, desto fruchtbarer ist schließlich das Ergebnis in ideeller wie in materieller Hinsicht.

Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung.

Von M. Bronski.

3. Die Entstehung des kapitalistischen Polens.

„Aus den eigenartigen naturalwirtschaftlichen, feudalanarchischen Zuständen der Adelsrepublik, die wir in dem Polen des 18. Jahrhunderts vorfinden, geriet es durch Teilungen unter ein Regime des aufgeklärten Absolutismus und unter die zentralistisch-bureaucratische Administration von Preußen, Oesterreich und Rußland.“ So wird von R. Luxemburg kurz die historisch-politische Situation Polens nach den Teilungen charakterisiert. Durch dieses Hineindrücken der Teile Polens in die Wirtschaften der einzelnen annectierenden Staaten wurde das Wirtschaftsleben der betreffenden polnischen Teile den Tendenzen der Gesamtwirtschaft untergeordnet. Früher oder später mußte die Wirtschaft der einzelnen polnischen Gebietsteile der Entwicklungseinrichtung der Gesamtwirtschaft sich anpassen. Dies brauchte nicht das Resultat einer bewußten Politik der betreffenden herrschenden Staaten zu sein, es wurde ein Resultat der kapitalistischen Entwicklung, in deren Interessen eben diese Teilung politisch vorgenommen wurde. Freilich diese Assimilierung der polnischen Wirtschaft mit der des umliegenden annectierenden Staates ging nicht ohne weiteres vor sich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse vor etwa 120 Jahren waren ganz andere als heute. Vor allem war das Wirtschaftsleben nicht so einheitlich, und das Wirtschaftsgebiet jedes einzelnen Landes nicht so eng zusammengeschlossen, daß es dem neu hinzutretenden Teile nicht möglich war, noch eine eigene wirtschaftliche Physiognomie zu behalten und sich den umliegenden Verhältnissen langsam anzupassen. Nun waren aber zwischen den einzelnen annek-

tierenden Staaten große Unterschiede in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungstiefe. Vor allem zwischen Rußland einerseits und Oesterreich und Preußen andererseits. Wenn Oesterreich und Preußen im Vergleich mit Polen einen historischen Fortschritt repräsentierten — der „aufgeklärte“ Absolutismus besonders Oesterreichs war in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bestrebt, die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft schonungslos zu schaffen, so bedeutete die Einverleibung des polnischen Gebietes in das russische keinen Uebergang zur höheren Produktionsweise.

Nicht kapitalistischer Expansionsdrang war es, der Rußland zum Herrn über das polnische Land machte, sondern feudal-kapitalistische Konkurrenz, Rußland als Agrarstaat konnte keine wirtschaftliche Konzentrationsmacht ausüben. Im Gegenteil, Rußland war es, das zuerst die Tendenz des wirtschaftlichen Separatismus zeigte, und gerade die mehr oder weniger selbständige Regierung Kongreß-Polens führte eine energische Politik zum Anschluß an Rußland, und zwar war diese Politik wirtschaftlich eine ausgesprochen merkantilistische, eine durch und durch industriefreundliche, die der Politik des „aufgeklärten“ Absolutismus Oesterreichs oder Preußens in ihren eigenen Ländern völlig ebenbürtig war.

Man darf eben nicht vergessen, daß das Land seit ein paar Jahrzehnten eine schwere Krisenzeit durchgemacht hat. Besonders dieser Teil Polens, der zuerst 1807 als Großherzogtum Warschau und später, 1815, vom Wiener Kongreß erweitert, als Königreich Polen dem russischen Zaren übergeben worden war — machte eine vollständige wirtschaftliche Wandlung durch. Schon daß Napoleon der Gründer des Herzogtums Warschau war, sagt viel. Als Vertreter des republikanischen Frankreich war er den feudalen Ueberresten wenig günstig gesinnt. Er brachte französische Gesetzgebung nach Polen, das dem Boden der modernen kapitalistischen Verhältnisse entsprechende Code Napoleon wurde Polen oktroyiert. Er schaffte die Leibeigenschaft ab, indem er den Bauer nicht nur von seinem Herrn frei machte, sondern auch von seinem Bauerngrund. Er machte ihn zum vogelfreien Proletariern, und dem Artigen gab er die Möglichkeit, ein kapitalistischer Agrarproduzent zu werden.

Einstweilen war seine „Bauernbefreiung“ unversämte Expropriation des bäuerlichen Besitzes, und eine Krönung der jahrhundertlangen Ausbeutung der Bauern seitens des Adels. Dabei konnte der Adel die freie Arbeitskraft ebensowenig ausgiebig benützen, wie der freigewordene Bauer seine „Freiheit“. Es war eine Zeit der ungeheuren wirtschaftlichen Krise, die durch Aufstände, Kriege, Kontinentalperre und preußische Zollpolitik verursacht wurde. Der adlige Grundbesitz ist zugrunde gegangen, und büßte seine wirtschaftliche Hegemonie ein.

Das blieb nicht ohne Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung Kongreß-Polens. Um den neugegründeten Staat finanziell zu erhalten, war es notwendig, neue Einnahmequellen für den Fiskus und neue Gebiete ökonomischer Tätigkeit dem Lande zu erschließen. Dies war nur dann möglich, wenn man die Industrie im Lande einpflanzte.

Der bedeutendste Staatsmann Polens jener Zeit, Fürst Lubezki, der von Anfang an im Gegensatz zu den politischen und wirtschaftlichen Ansichten des pol-

nischen Adels stand, war sich bewußt, daß Polen nur durch Erweiterung der industriellen Tätigkeit aufrecht erhalten werden konnte. In der Industrie sah er eine Rettung auch für die einheimische Landwirtschaft, indem sie ihr seine Konumenten zuschanzt, ohne auf die Agrarpolitik der benachbarten Länder angewiesen zu sein. Am wichtigsten erschien es ihm, die enge Verbindung mit Rußland zu erhalten, die einen ungeheuren Absatzmarkt für die polnische Industrie sein könnte.

In der Tat, das Jahrzehnt 1820—1830 ist die Entstehungsperiode der polnischen Industrie, die ad hoc von der Regierung Kongreß-Polens hauptsächlich auf Betreiben seines Finanzministers Lubezki gegründet wurde. „Die Regierung — sagt R. Lessemburg in der „Industriellen Entwicklung Polens“ — stellte unentgeltlich den fremden nach Polen hereingelockten Arbeitern Häuser, Baumaterial zur Verfügung, erließ den Pachtzins, gründete den sogenannten Fonds zur Errichtung von Industriebauwerken und Wohnhäusern für Industrielle. 1816 wurde den einwandernden Handwerkern die Befreiung von allen Steuern und öffentlichen Lasten für sechs Jahre zugesichert, ihre Söhne vom Militärdienst befreit. . . 1820 gewährte die Regierung den Einwanderern für zehn Jahre unentgeltlichen Bezug von Baumaterial aus Staatswäldern usw.“

Aus unserm politischen Tagebuch.

5. Januar.

Wie an vielen Orten Deutschlands, so steht auch in Rüstingen die Opposition der Partei in heftigstem Kampfe gegen die Sozialpatrioten, und wie überall so kämpft auch hier die Opposition unter den schwierigsten äußeren Verhältnissen, während die Sozialpatrioten die Günstigkeit der Umstände restlos für sich ausnützen. Es wäre schlimm, wäre es anders. Nur so wird den Arbeitern klar, daß die Sozialpatrioten eine ihnen klassenfremde Schicht des Bürgertums sind. Die Rüstinger Sozialpatrioten haben den organisatorischen Apparat in Besitz; die Zeitung, die Organisationsleitungen, die Kassen. Durch ebenso schlaue wie rücksichtslose diplomatische Kniffe versuchen sie in den Versammlungen eine Mehrheit zu erlangen. Kein Mittel scheuen sie im Kampfe gegen die Opposition, keine Verdächtigung, keine Denunziation, keine noch so handgreifliche Verdrehung der Tatsachen. Beschlüsse der Opposition, die gegen den Widerspruch des Vorstandes durchgesetzt werden, läßt das „Norddeutsche Volksblatt“ nicht zur Veröffentlichung zu. Als der Vorstand in einer bestimmten Angelegenheit um Aufklärung über dieses Verhalten angegangen wurde, erwiderte er zuerst, man habe den Genossen, der die Resolution eingebracht habe, nicht der Polizei oder dem Militär ans Liefern wollen. Als aber der betreffende Genosse eine solche zarte Rücksichtnahme seitens seiner sozialpatriotischen Gegner entschieden ablehnte, ersuhr eine erlauchte Versammlung, daß die Leitung der sozialdemokratischen Partei in Rüstingen mit dem Festungskommandanten ein Abkommen getroffen habe, wonach in den Versammlungen des Wahlvereins nur geschäftliche Angelegenheiten verhandelt werden sollten! Das hinderte jedoch nicht, daß David in diesem Rahmen eine „Friedensrede“ hielt. Kein „geschäftliche Angelegenheit“ natürlich. Wir glauben's gern! Die Rüstinger Opposition arbeitet unverdrossen weiter. Sie steht auf dem Boden des Linksradikalismus. Sie weiß, daß die „günstigen“ Verhältnisse, unter denen die Sozialpatrioten arbeiten, in Wirklichkeit die Totengräber dieser Bewegung sind. Und die Wirkung, die die Verkoppelung des Sozialpatriotismus mit der Staatsgewalt ausüben muß, macht sich längst in günstigem Sinne für die Linksradikalen bemerkbar. So geht es vorwärts, im entschiedenen, grundsätzlichen Kampfe gegen die Sozialpatrioten.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß die Redaktion und Expedition der „Arbeiterpolitik“ nach der Amunderstraße Nr. 23 verlegt worden ist. Alle Zuwendungen sind von jetzt ab an diese Adresse zu richten.

Feuilleton

Die Blutrache zu Weinsberg.

Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann. (Fortf.)

Indem drangen auch die Bauern zum oberen Tore hinein. Alle Ritter und Reifige suchten die höher gelegene Kirche und den Kirchhof zu erreichen, um sich hier noch ihres Lebens zu wehren, oder sich im Inneren der Kirche zu retten. Auch der Graf flüchtete sich dahin. Ein Priester zeigte ihm und mehreren Rittern einen Schneck in der Kirche, durch den sie auf den Kirchhof kommen und sich vielleicht dort noch vor ihren Feinden retten möchten. Etwa achtzehn Ritter und Knechte flüchteten sich durch den Schneck auf den Turm.

Die Bauern stürmten den Kirchhof. Wen sie mit Waffen auf dem Platz fanden, der ward erstochen oder erschlagen. Die verschlossene Kirchthür sprengten sie auf und erschlugen hier alle Reifigen, die sich in dem Schiffe der Kirche versteckt hatten. Einige hatten sich in der Gruft verborgen, die Bauern erbrachen und sich vielleicht dort noch vor ihren Feinden retten möchten. Etwa achtzehn Ritter und Knechte flüchteten sich durch den Schneck auf den Turm. Die Bauern stürmten den Kirchhof. Wen sie mit Waffen auf dem Platz fanden, der ward erstochen oder erschlagen. Die verschlossene Kirchthür sprengten sie auf und erschlugen hier alle Reifigen, die sich in dem Schiffe der Kirche versteckt hatten. Einige hatten sich in der Gruft verborgen, die Bauern erbrachen und sich vielleicht dort noch vor ihren Feinden retten möchten. Etwa achtzehn Ritter und Knechte flüchteten sich durch den Schneck auf den Turm.

Jetzt gab Dietrich von Weiler alle Hoffnung auf. Er trat auf den Kranz des Turmes und rief hinab auf den Kirchhof, sie wollten sich gefangen geben und 30000 Gulden zahlen, wenn man sie am Leben lasse. Und wenn ihr uns, riefen die Bauern hinaus, auch eine Tonne Goldes geben wolle, der Graf und alle Ritter müssen sterben. „Rache, Rache für das Blut unserer Brüder!“ schrien andere, und in demselben Augenblick sank Dietrich von Weiler rückwärts nieder, ein Schuß von unten hatte ihn tödlich in den Hals getroffen. Und schon stachen auch die Schwerter derjenigen Bauern nach ihm, die jetzt den Turmschnecken heraufgekommen waren. Dann warfen sie den noch Röchelnden über den Kranz auf den Kirchhof hinab. Auch andere Ritter teilten sein Los, darunter der Forstmeister Leonhard Schmelz. Matthias Ritter stürzte ihn und zwei andere vom Turm herab. Beckerhans von Boedingen trat mit Füßen auf dem Leichnam des Forstmeisters herum unter gräßlichen Flüchen. Der junge Dietrich von Weiler, des Erschlagenen Sohn, erkaufte von Beckerhans sein Leben mit acht Goldgulden, aber dieser schlug ihn dennoch, wie er sich wandte, von hinten mit der Büchse nieder.

Georg Mezler, der oberste Hauptmann der Bauern, und Andreas Remig von Zimmern, ein anderer Anführer, ritten herbei und gaben den Befehl, keinen Ritter und Reifigen mehr zu töten, sondern alle gefangen zu nehmen. So wurde Graf Helfenstein mit den anderen vom Turme herabgeführt. Im Durchführen über den Kirchhof stieß ihn ein Bauer mit der Hellebarde in die rechte Seite, auch Georg von Kaltenthal wurde am Kopfe verwundet. Die Gefangenen waren mit Stricken gebunden. Alles, Sturm, Eroberung, Gefangenschaft war das Werk einer Stunde. Um zehn Uhr morgens war alles vorüber.

Da mehr gesattelte Pferde erbeutet wurden, als den Bauern Reiter in die Hände gefallen waren, so schlossen sie nicht unrichtig daraus, daß noch manche Reifigen sich in bürgerlichen Häusern versteckt haben möchten. Unter Trommelschlag wurde sogleich bekannt gemacht, daß jeder Bürger sich in sein Haus begeben und bei Leib- und Lebensstrafe die in den Häusern und Scheuern versteckt liegenden Reifigen ausliefern solle. Nur wenigen gelang es, durch die Gut-

müdigkeit ihrer Hauswirte zu entkommen. Einer verbarg sich im Backofen und entrannt darauf in Weiberkleidung. Ein junger Knecht Dietrich von Weiler, Mag Henkstein, wurde von einigen Weibern im Heu versteckt und entkam wie der vorige. Jörg Mezler aus Ingelfingen, ein Fähnrich der Bauern, rettete einen dritten, ihm befreundeten, indem er ihn für einen Koch ausgab.

Jetzt wollten die Bauern plündern. Viele behaupteten, da sie die Stadt mit Leib- und Lebensgefahr haben erobern müssen, so gehöre ihnen auch Grund und Boden von Weinsberg zu. Nicht ohne großes Murren des Hausens brachten es endlich die Hauptleute dahin, daß nur die Häuser der Geistlichen, des Kellers, des Schultheißen, des Stadtschreibers und Bürgermeisters, die sich besonders tätig an die Ritter angeschlossen hatten, der Plünderung preisgegeben, die übrigen Bürgerhäuser verschont wurden. Für die Verschonung wurde den Bürgern zur Bedingung gemacht, die vielen Verwundeten sorglich zu pflegen und die Bauern mit Wein und Lebensmitteln zu versehen, solange sie in Weinsberg lägen.

Auch in der Kirche und Sakristei wurden alle Truhen erbrochen, das Almosen, die Monstranz, die Kirchengefäße geplündert. Die Bauern waren mit ihren Gedanken so sehr nur beim Plündern, daß Wolfgang Schäfer, der Schulmeister, ihnen unter dem Geschäft zwei Marktelche wieder heimlich wegnehmen konnte. Der reiche Weinvorrat des Schlosskellers wurde ins Lager geschafft. Im Schlosse fanden sie die reichste Beute. Der trug einen Becher davon, ein schönes Silbergefäß, das dem Grafen gehörte, jener seidene Decken und seidene Gewände, Zinngerät und Leinwand, Dionysius Schmidt erbeutete allein auf 60 Gulden. Es war ein Reifen und Zeren unter den Bauern um die Kostbarkeiten, daß sie oft das Beste überfahen. So lag ein Futteral am Boden, es sah aus wie ein Koffel-futter, einer und der andere hob es auf und warf es wieder weg, zuletzt nahm es einer und öffnete es, „da stak es voller Ringe und Ding“. Goldene Ringe, allerlei Kleinodien wurden in großer Zahl erbeutet. Dionysius Schmidt allein verkaufte um 50 Gulden Ringe und Kleinodien, sein Bruder Kaspar um 15 Gulden an einen Nürnberger Goldschmied. Beutemeister war Hans Wittich von Ingelfingen, er verteilte Früchte und Wein. In der Stadt plünderten sie jedoch selbst in den preisgegebenen Häusern mit Rücksicht. Als sie ein Trübslein mit Geld in einer Kammer fanden, und Schäfer, der Schulmeister, sagte, daß es armen Kindern zu Weinsberg gehöre, ließen sie es geschehen, daß er es davonbrachte.

So verging der Mittag und Abend mit Plündern, mit Wohlsein im Trinken und Essen, und dabei ging das alte Welfenschloß in Flammen auf. Im Rate der Bauern stellte Florian Geyer den Grundsatz auf, man solle alle festen Häuser ausbrennen, und ein Edelmann nicht mehr denn eine Tür haben wie ein Bauer. Die anderen hatten gerade zuvor den Satz angenommen, daß alle Klöster abgetan werden, die Mönche hacken und reuten müßten wie die Bauern; jetzt wollten sie zuerst auf Heilbronn ziehen und die Stadt in ihre Verbrüderung bringen, damit der Haufe vom Neckartal von dieser Seite gesichert wäre, dann wollten sie durch das Mainzische auf Würzburg losgehen, und sei dieses gewonnen, alle Domherren, Pfaffen und den geistlichen Fürsten hinausjagen. Florian Geyer sah darin der Sache noch kein Genüge. Er glaubte, wenn das Volk frei werden sollte, müsse der Adel wie die Pfaffen den Bauern gleich gemacht werden, daß nur ein Stand würde auf deutschem Boden, der Stand der Gemeinfreien. Er erkannte es als eine Halbheit, nur die geistlichen Herren beseitigen zu wollen. Zwei Bäume waren es, vor denen die junge Pflanze der Volksfreiheit nicht aufkommen konnte; er wollte beide zugleich umgehauen wissen, und nicht bloß umgehauen, sondern entwurzelt, daß keiner einen Schoß mehr triebe. Darum drang er auf Zerstückung aller Herrensitze, der weltlichen, wie der geistlichen. Florian Geyer war einer der Wenigen, die im Bauernheer wußten, was sie wollten, und als er den Rittermantel,

den er vormals trug, ablegte und sein Schwert in die Schale des Volkes warf, wußte er, daß es ein Trauerspiel sein müsse, worin er jetzt mitzuspielen sich entschlossen hatte; aber er wollte nicht nur einen Akt, sondern das ganze Trauerspiel, den Sturz nicht nur einer Seite der Herrschaft, sondern des ganzen Herrtums.

Tief im Grunde seiner Seele wälzte Jäcklein Rohrbach Gedanken, verschieden von denen Florian Geyers, schwarze, blutige Gedanken. Jäcklein war der Mittelpunkt der Schreckensmänner im Bauernheer. „Rache“ war ihre Losung; „dem Adel ein sonderbar Entsetzen und Furcht einzujagen“, ihr nächstes Trachten. In der Nacht berieten sie sich in der Mühle, wo wahrscheinlich Jäcklein sich einquartiert hatte, über die Gefangenen, und sie wurden eins, keinen Herrn, keinen vom Adel, keinen Reissigen leben zu lassen, sondern jetzt und künftig alle zu erstechen; welcher einen gefangen annehmen wollte, den sollte man niederstechen. In dieser Mühle gerade war es, wo Dietrich von Weiler junger Knecht von den Weibern versteckt worden war; er hörte alles an, er hörte es mit Grauen.

Jäcklein und seine Gefellen behielten diesen Entschluß für sich. Um jeder Einsprache der anderen zuvorzukommen, gingen sie so gleich an die Ausführung. Jäcklein hatte die Bewachung der Gefangenen auf sich genommen.

In aller Frühe, gegen Tagesanbruch, während der größte Teil des Heeres von der Zechen des vorigen Tages noch schlief, führte Jäcklein die Gefangenen heraus auf eine Wiese beim Untertor. Es waren Graf Ludwig von Helfenstein, Hans Conrad Schenk von Winterstetten, der Vogt zu Vaihingen und Maulbronn, Burkhard von Ehingen, des tapferen Rudolfs von Ehingen Sohn, Friedrich von Neuhausen, Jörg Wolf von Neuhausen, Hans Dietrich von Westerstetten, der Burgvogt auf Neuffen, Philipp von Bernhausen, Jakobs von Bernhausen Sohn, Hans Spät von Höpfigheim, Bleikardt von Riezingen, Rudolf von Hirnheim, Wolf Rauch von Helfenberg, Jörg von Kaltenthal, Burkhardt und Weibrecht von Gemmingen. Auch mehrere Knechte wurden mit ihnen herausgeführt, junge Reiterknaben. Auch führte man sie in einen Ring, um ihr Urteil zu hören.

Es war eine alte Strafe, durch die Spieße zu jagen; eine Strafe jedoch, die nur wider die angewandt wurde, welche wider Ehre gehandelt hatten, und welche auch dann nur bei Knechten ein Brauch war.

Diese Todesart wurde den Gefangenen angekündigt. „Dem Adel zu Schand und Spott, als ob sie wider Ehre gehandelt hätten“. Da kam die Gräfin von Helfenstein, welche die Gefangenschaft ihres Gemahls geteilt hatte. Sie trug ihr zweijähriges Söhnlein Maximilian auf den Armen, ihr Frauenzimmer folgte ihr. Sie warf sich vor Jäcklein und den anderen auf die Knie, hielt ihnen ihr Kind entgegen und bat flehentlich, dem Kleinen den Vater, ihr den Gatten zu lassen. Aber alle Macht ihrer Tränen, ihrer Schönheit, ihres Unglücks rührte die Harten nicht. Da standen sie, und mancher mochte darunter stehen, der in diesem Augenblicke, da die Kaiserstochter zu ihren Füßen lag, nur daran dachte, wie lang und wie oft ihre Herren sie vor sich hergehert mit Hunden wie das Wild, und auf ihren durch Hunger und Froren abgemagerten Rücken die Peitsche erbarmungslos geschwungen; wie man sie umsonst hatte winseln lassen, wenn die Edelleute ihren Vater, ihren Bruder, ihren Sohn wegen geringer Vergehen in die Verließe der tiefsten Türme hinabdonnerten, wo sie ohne Speise und Trank verschmachteten, und ihr Flehen und Heulen kein Gehör und kein Erbarmen fanden, und wie sie ängstlich nächstelang um die Turm-mauern hatten schleichen müssen, um noch etwas von ihren Verwandten, die dahinter lagen, zu hören, bis es still und stiller ward, und der letzte Hauch, ein Fluch gegen ihre Quäler, ihre Qualen endete.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lütt); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 2

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 13. Januar 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

An unsere Leser!	Seite 9
Die Weltlage an der Schwelle des neuen Jahres	9
Vor dem schwedischen Parteitag	12
Ein Aufruf der S. S. K. zu Bern	12
Die Beitragsperre und ihre Probleme (Fortf.)	13
Aus unserm politischen Tagebuch	14
Feuilleton:	
Die Bluttrache zu Weinsberg. Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann	16
Zeugen und Rufer	16

An unsere Leser!

Die Reichskonferenz der deutschen Opposition hat getagt. Sie hat ihre wichtigste Aufgabe, Klärung in die Zustände der Opposition zu bringen, nicht erfüllt. Weder brachte sie eine prinzipienklare Abgrenzung von den Sozialpatrioten und den Sozialimperialisten, noch schied sie die linksradikale Opposition grundsätzlich vom Parteizentrum. Es wäre die historische Aufgabe der Gruppe „Internationale“ gewesen, den Scheidungsprozeß zwischen Zentrum und Linksradikalen durch prinzipielle Kritik an der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft voranzutreiben. Aber weder grenzte sie sich in ihren Thesen von der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit kritischer Schärfe ab, noch stellte sie den Standpunkt des Sozialpatriotismus dar. Ueberdies vermied sie auch jetzt, genau wie in den „Leitsätzen“, ihre Stellung zur Frage der Landesverteidigung, dieser Achse der gegenwärtigen Krise der Internationale, wie Karl Liebknecht sie treffend nannte, zu präzisieren. Es fehlte der Konferenz das einschneidend kritische Moment, und damit fehlte ihr der Antrieb nach vorwärts.

Angeichts dieser Tatsache ist es doppelt notwendig, daß den Linksradikalen die Möglichkeit verbleibt, auch weiterhin kritisch in die Probleme der Internationale einzudringen. Die Aufgaben, die sich die „Arbeiterpolitik“ gestellt hat, sind daher nach der Konferenz größer und wichtiger geworden als je zuvor. Sie wird nach wie vor die Krisis der Arbeiterbewegung einer ständigen, grundsätzlichen Kritik unterziehen; sie wird insbesondere den Kampf gegen das Zentrum der Partei, diesen ver-

kappten Sozialpatriotismus, mit aller Schärfe führen; sie wird aber auch, was sich durch die Konferenz als besonders notwendig herausgestellt hat, die Gruppe „Internationale“ durch freundschaftliche Kritik vorwärts zu treiben suchen. Die „Arbeiterpolitik“ wird auch fernerhin die Probleme der Arbeiterbewegung in prinzipieller Schärfe zu klären trachten; sie wird durch die Mitarbeit berufener ausländischer Marxisten ein Bild geben von dem Stand der Krisis in der gesamten Internationale. Der Standpunkt, von dem aus sie taktisch die zahlreichen und schwierigen Fragen, die die Krisis der Internationale aufgeworfen hat, zu durchdringen sucht, ist der der Massenaktionen, in denen sie die Grundform des Kampfes der Arbeiterklasse für die nächste Epoche des allgemeinen Kampfes um den Sozialismus erblickt.

So hoffen wir, daß die „Arbeiterpolitik“ auch weiterhin wertvolle Bausteine zur Aufrichtung der neuen Internationale beitragen, daß sie auch weiterhin im Kampfe um der Menschheit Glück und Frieden treue Beraterin und zuverlässige Führerin sein wird. Damit hoffen wir das Vertrauen zu festigen, das unsere Leser uns bislang in so reichem Maße entgegenbrachten.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Die Weltlage

an der Schwelle des neuen Jahres.

Die Friedensfrage wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, heißt es in der liberalen und sozialpatriotischen Presse. Das ist wahr: nach der Diskussion über das Konferenzangebot der Zentralmächte folgte die Diskussion über jede einzelne Antwort der Entente, darauf die Diskussion über die Note Wilsons, dann wird man die Antwort der Entente-mächte besprechen, worauf die Geschichte mit der Besprechung der Antwort der Zentralmächte auf alle vorhergehenden Antworten von vorne beginnen kann. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß in irgend einem neutralen Orte inoffiziell die Diplomaten der kriegführenden Länder zusammentreffen, wie solche Unterredungen zwischen deutschen und russischen Diplomaten während des Krieges mehrmals stattfanden: so in Bern und Stockholm. Inzwischen wird das „vaterländische Hilfsgesetz“ in Deutsch-